59. 14.4.1976

ZU UNSERER POLITISCHEN ARBEIT IM APRIL

1. Der rote Faden unserer Arbeit im April ist die Mobilisierung und Organisierung für den 1.Mai. Die Linie und die Stoßrichtung unserer Maiagitation ist für ganz Österreich einheitlich festgelegt im Maiaufruf und im Forderungsprogramm zum 1.Mai, die beide der Zeitung Nr.4/76 beiliegen. Diese beiden Beschlüsse dienen somit auch der Anleitung der Organisation und müssen in diesem Sinn erörtert werden. Man kann sagen, daß die Maiausrichtung in den Losungen am Ende des Maiaufrufs kurz zusammengefaßt xxx ist. Daß diese Losungen wirklich zum Gegenstand der Maivorbereitung gemacht werden - darauf zielt der Maiaufruf ab, indem er den proletarischen Internationalismus, das Auftreten gegen die Supermächte und das Auftreten gegen die politische Reaktion der Bourgeoisie in den Vordergrund rückt. Es muß darauf geachtet werden, daß in der Maivorbereitung nicht wieder ökonomistische Tendenzen zum Tragen kommen und wirtschaftliche Fragen bzw. Fragen des Arbeiterschutzes einseitig in den Vordergrund treten. Auch bei der Verwendung des Forderungsprogramms und der damit evt.verbundenen Auswahl eines Teiles der Forderungen muß darauf geachtet werden.
Wir haben mit diesen beiden Beschlüssen versucht, eine politische Konsequenz aus der Kritik und Selbstkritik unserer Politik im RB zu ziehen. Überhaupt müssen wir den RB in politischer Hinsicht als Grundlage der Maivorbereitung benützen: Einerseits müssen wir von der dort gegebenen Einschätzung der internationalen und nationalen politischen Lage ausgehen, andererseits müssen wir gerade auch den 1.Mai benutzen, um gegen die ökonomistischen Tendenzen in unseren Reihen aufzutreten. Ohne das werden wir weder in den verschiedenen Fragen der Politik richtig und gut auftreten, noch sie in den Zusammenhang des Klassenkampfes insgesamt stellen, noch unsere Politik insgesamt vermitteln und Menschen dafür gewinnen können. Auch sollten wir uns die gewaltige Bedeutung eines starken und eindrucksvollen 1.Mai gerade in der heutigen Zeit vor Augen xxxxx halten, wo die Bedeutung des bewußten Elementes im Klassenkampf sehr an Bedeutung gewonnen hat, und das sollten wir übrigens auch unseren Sympathisanten und überhaupt allen erklären, die wir für die Teilnahme am 1.Mai gewinnen wollen.
Praktisch wird die Maivorbereitung einerseits in der direkten Arbeit mit Maiaufruf und Forderungsprogramm bestehen, mittels denen wir Menschen für die Teilnahme am 1.Mai zu gewinnen versuchen. Mit den Sympathisanten sollten Maiaufruf und Forderungsprogramm durchdiskutiert werden, damit sie sich beides aneignen, es vertreten und auch selbständig damit arbeiten können. Andererseits werden wir die Politik, die wir in den Fragen machen, die gegenwärtig im Vordergrund der Politik stehen, mit der Mobilisierung und Organisierung für den 1.Mai verbinden und alle politischen Schritte auch als Ansatzpunkte der Maivorbereitung benutzen. Es soll ja ohnehin so sein, daß am 1.Mai zusammengefaßt wird, was es im letzten Jahr an Bewegungen und Bestrebungen der Massen gegeben hat und was wir selbst an Politik gemacht haben, d.h. wo wir uns bereits auf geleistete politische Arbeit stützen können. Wie wir bei der Frage der Minderheitenfeststellung oder des Abtreibungsverbots oder der internationalen Energieagentur ja auch stets

aufzeigen, welche Rolle der Kampf dagegen im Rahmen des proletarischen Klassenkampfes gegen den Kapitalismus und Imperialismus spielt, so werden wir auch versuchen, die Menschen, die wir zur Teilnahme an dieser oder jener Veranstaltung oder Demonstration, zum ~~Kxxxx~~ Kauf dieser oder jener Broschüre gewonnen haben, auch für die Beteiligung am 1.Mai zu gewinnen, wobei es gar nicht schlecht sondern gut wäre, wenn sie das gerade auch mit ihren eigenen Losungen und Forderungen tun, ob diese sich nun auf ihren Betrieb, die Berufsschule, die Arbeit eines parteilosen Komitees, die Atomkraftwerke, an der Hochschule oder - z.B. im Fall der ausländischen Arbeiter - auf ihre besondere Lage in Österreich bezieht. Damit ist auch schon gesagt, daß eine wirkliche Mobilisierung- und Organisierungsarbeit zum 1.Mai notwendig ist.
Wir werden dabei nicht "in die Stadt ausschwärmen", sondern - wie es im RB heißt - "in die Tiefe arbeiten". Wir werden dort, wo wir im allgemeinen politisch tätig sind, in Betrieben, Institutionen, Schulen, Vereinen, Organisationen und Komitees, überhaupt überall, wo Menschen organisiert zusammengefaßt sind und besonders auch in Gewerkschaft und Gewerkschaftsjugend uns auf intensive Arbeit für den 1.Mai konzentrieren, v.a. auch unsere Sympathisanten für den 1.Mai gewinnen und sie womöglich aktiv in die Maivorbereitung einbziehen. Jede Einheit sollte sich diesbezüglich einen konkreten Plan zurechtlegen und laufend seine ~~Xrhaltung~~ überprüfen. So müßte es uns gelingen, heuer eine starke Dem nstration mit guter sozialer Zusammensetzung und starker Beteiligung nicht-organisierter Kollegen zutandezubringen, die wirklich unsere politische Arbeit politisch und organisatorisch zusammenfaßt.
Als eine Sache von besonderer Wichtigkeit sool noch hervorgehoben werden die Gewinnung von Arbeiterjugendlichen für den 1.Mai.Um gezielt unter den ausländischen Arbeitern für den 1.Mai mobilisieren zu können, wird es den Maiaufruf demnächst auch auf serbokroatisch und türkisch geben.
Ab 21.4.1976 wird die Nr.5/76 der Zeitung zur Verfügung stehen. Auch wird es ein Maiplakat geben und natürlich werden die zentralen Flugblätter der Maivorbereitung dienen. Am 30.4.76 machen wir eine Maifeier. Am 1.Mai am Vormittag treten wir am Ring auf. Die Demonstration am 1.Maiführen wir aller Wahrscheinlichkeit nach unmittelbar nach Abschluß der KPÖ-Kundgebung vom Liebenbergdenkmal über den Ring bis zum AEZ.

W.L.

2. Von zentraler Bedeutung in unserer politischen Arbeit in den nächsten Wochen ist der Kampf gegen die Minderheitenfeststellung. Auch in der Maivorbereitung und am 1.Mai spielt sie eine ganz entscheidende Rolle. Erstens handelt es sich hier um eine Frage von grö ter objekter Bedeutung. Die politische Reaktion der Bourgeoisie und ihrer Regierung kommt hier deutlich zum Ausdruck. Die elementarsten Rechte der Minderheiten auf ihre Muttersprache, die zu den selbstverständlichsten Voraussetzungen der Demokratie gehören, werden mit Füssen getreten. Ziel der herrschenden Klasse ist die Spaltung der Arbeiterklasse und des Volkes durch das Gegeneinanderhetzen der deutsch- und anderssprechenden Teile sowie allgemein durch den Chauvinismus. Betrachtet man die Sache so und stellt man sie in den Zusammenhang der Reaktion auf der ganzen Linie, dann verstehen auch die Menschen, mit denen wir reden, wieso der Kampf gegen die Minderheitenfeststellung das ganze Volk angeht und nicht nur die Kärntner. Demgegenüber fordern wir, machen dies aber nicht zur Grundlage der Aktionseinheitspolitik, besondere Rechte für die minderheiten. Es sind dies besondere Rechte im Vergleich mit den allgemeinen Rechten des österreichischen Volkes. Es sind aber natürlich keine Rechte, die die Minderheiten privilegieren und aus dem Volk herausheben. Im Gegenteil sind diese besonderen Rechte Voraussetzung dafür, daß die Minderheiten eine gleiche Stellung haben und die Werktätigen der Minderheiten in gleicher Weise wie die anderen Werktätigen am öffentlichen Leben und am Klassenkampf teilnehmen können. Diesen Inhalt und dieses Ziel der Forderungen nach besonderen Rechten müssen wir in der Agitation Herausstreichen.Die undifferenziert Formel "gleiche Rechte für die Minderheiten!" bringt die Tatsachen aber nicht gut zum Ausdruck.

Neben der Klärung der großen objektiven Bedeutung der Frage und der Linie , die wir grundsätzlich darin einschlagen, müssen wir uns Klarheit über die konkrete aktuelle Situation aund über unsere Taktik verschaffen. Es verhalt sich hier so, daß sich gegen die Pläne der Bourgeoisie ein starker Widerstand in Kärnten und auch bereits ein bielfältiger Protest in ganz Osterreich erhoben hat.(vgl. darin besonders die im letzten Flugblatt dazu angeführten Beschlüsse verschiedener Organisationen. Der harte Kern dieser Front des Widerstandes und Protests ist die bisher eindeutige Ablehnung der MHF durch die Minderheitenorganisationen . Das hat dazu geführt, daß die Reaktion ihre Pläne nicht reibungslos, d.h. ohne großen Widerstand und ohne sich gründlich zu entlarven, durchsetzen kann. Die 3-Parteien-Einigung hat sich rasch in Luft aufgelöst, keiner will jetzt mehr der Urheber der 25% Klausel sein und a le lavieren sie. Widerstand und Protest gegen die MHF haben die Widersprüche im Lager der bürgerlichen Reaktion verstärkt und aufgerissen und sich ihr vorerst in den Weg gestellt. Sie wird jetzt um so hinterhältiger auftreten. Der Protest gegen die MHF und die Demonstration in Klgft. war ein bedeutender Kampfschritt. Die Regierung muß in erster Linie versuchen, mit allen Mitteln die bisherige Einheit und Festigkeit der Minderheitenorganisationen zu spalten und die ganze Bewegung so abzugangen. Dazu will sie vor allem allerlei Versprechen im Zusammenhang mit dem Volksgruppengesetz einsetzen, das nichts ist als ein Spaltungsmanöver, um die MHF durchzusetzen. Eine "Volksgruppenförderung", die etwas anderes ist, kann es nur geben auf der Grundlage der Gewährung der von uns ge-

[illegible]. Auf [illegible] observe

forderten Rechte. Auf stärkere indirekte Reserven kann sich die Reaktion bei dem Versuch der Durchsetzung der MHF in Kärnten stützen, wo aufgrund der besonderen politischen Situation der Chauvinismus Teile der Bevölkerung irreleitet. In Wien tretendie breiten Massen zwar noch nicht gegen die MHF auf, wenn sie aber erkennen, worum es dabei geht, nehmen sie durchaus eine positive Haltung zu den Minderheitenrechten einund lehnen die MHF ab. Die chauvinistische Hete gegen die Minderheiten hat hier nicht verfangen. Die Reaktion versucht, sie weiter zu entfachen durch das Argument, die Minderheiten seien mit nichts zufrieden und wollten Privilegien gegenüber den anderen Österreichern haben. Unsere Aufgabe ist es, am Aufbau einer Kampffront gegen die MHF, was eine unmittelbare aktuelle Aufgabe ist, mitzuwirken, d.h. die Front des Protests zu verbreitern und klarer zu machen, und die Massen von einer passiven Einstellung zu einer aktiven Haltung gegen die MHF zu bringen. zu diesem Zweck eine breite Aktionseinheit und Beschlüsse in organisierten Menschenz usammenfassungen anzustreben, v.a. gegenüber der cahuvinistischen Hetze und den Spaltungsmanövern der Reaktion äußerst wachsam zu sein und ihnen entgegenzuwirken, in diesem Zusammenhang den Minderheitenorganisationen den Rücken zu stärken und dazu starken Einfluß und die teilweise Führung durch den Reformismus und Revisionismus in diesen Organisationen bekämpfen.

Diesen Anforderungen sind wir bisher nicht ausreichend gerecht geworden. Die Bedeutung der Frage wird noch immer unterschätzt, sie wird nicht im Zusammenhang der allgemeinen Rechtsentwicklung der Bourgeoisie gesehen, die Linie ist nicht ganz klar, es werden zu wenig Bemühungen unternommen, um den aktuellen Stand der Entwicklung an diesem Frontabschnitt laufend zu untersuchen, wir haben uns zu wenig Gedanken über die kokreten Kampfbedingungen hier in Wien gemacht. Die Schwierigkeiten in der Agitation habenin diesen Mänglen ihre Wurzel. Unbedingt müssen Berichte über die Massenarbeit an die Leitung gehen, wo es geht, sollen Beschlüssen herbeigeführt werden. Die Aktionseinheitsbemühungen von unten müssen verstärkt werden, von oben unterstützt evt. durcheinen ("halb offenen") Brief an die Minderheitenorganisationen, in denen wir ihnen unsere Unterstützung versichern, die ggw. Lage untersuchen und sie vor den drohenden Gefahren für die Bewegung gegen die MHF warnen. Der Reformismus und Revisionismus muß so bekämpft werden, daß man seine politischen Träger, darunter v.a. die KPÖ, und ihren Einfluß in den Minderheitenorganisationen bekämpft, nicht diese Organisationen selbst. Gestützt auf den RB und auf den Maiaufruf müssen wir unsere Anstrengungen verstärken und die Broschüre weiterhin einsetzen.

Die Demonstration am 9.4. war ein notwendiger und erfogreicher Schritt im Zusammenhang des Aufbaus einer Kampffront gegen die MHF. Sie war ein erster Schrittder Mobilisierung für ein aktives Auftreten in dieser Frage. Ein erster Versuch, die Kräfte, die bereit für ein aktives Auftreten sind, zusammenzufassen, ein erster Schritt zur Verwandlung der passiven Einstllung der Massen in eine aktive Haltung. Zwar haben nur weniger als 300 Menschen teilgenommen (was z.T. an den bereits begonnenen Hochschulferien liegt), aber ein Viertel davon waren nicht organisierte Werktätige. Die Stimmung in der Demonstration war gut, die Haltung der Bevölkerung dazu interessiert und aufgeschlossen. Weiters muß diese Demon-

stration im Zusammenhang der Demonstrationen in ganz Österreich gesehen werden. Während am Abend des 9.4. 2 700 Menschen in KLgft. auf den Straße waren und einen starken Kampfschritt setzten, wurde auch in Wien, Linz, Tirol und Graz demonstriert. Daß in Linz, Tirol und Graz jeweils nur an die 50 Mensch en aktiv teilnahmen, hat dieselben Ursachen wie die geringe Beteiligung bei uns, wobei dort die politische Arbeit in diese Frage in der Vergangenheit noch schwächer war als in Wien. Dennoch waren diese Aktivitäten wichtig sowohl als Zeichen des Protests gegenüber der Regierung als auch zur Unterstützung des Kampfes in Kärnten. Darin Bestand das Ziel der Demonstrationen und dieses wurde erfolgreich verwirklicht.

Trotzdem gab es Zweifel einzelne Genossen am Sinn der Demonstration. Das lag erstens am Unverständnis darüber, welche Bedeutung die Fragen der MHF im politischen Leben hat, wobei hier der Ökonomismus eine große Rolle spielt, zweitens am Unverständnis darüber, daß daß die Kampfbedingungen in dieser Frage sich ausgezeichnet entwickeln und der Kampf geführt werden muß, drittens im Unverständnis darüber, daß es sich beim Klassenkampf um einen Kampf im nationalen Maßstab handelt und wo in ganz Österreich nach einem Plan vorgegengen werden muß, viertens, in Unverständnis darüber, welche Schritte in diesem Kampf angesichts der konkreten Bedingunge hier und heute in Wien notwendig sind. In Kärnten war niemand der Meinung, daß eine gleichzeitige Demonstration in Wien unnötig ist, in Gegenteil, und die KPÖ ist bei ihren eigenen Anhängern am Tag zuvor auf Unverständnis gestoßen, da sie so etwas behauptete.

Alle diese Unklarheiten müssen ausgeräumt werden. Aber auch wenn sie nicht ausgeräumt sind, sind Beschlüsse der Organisation für die Genossen verbindlich. Die Genossen, die sich ams politischen Gründen ("taktischen Differenzen") nicht an der Demonstration beteiligt haben und vorher öffentlich dagegen aufgetreten sind, sollten sich klarmachen, daß die eine grobe Verletzung des demokratischen Zentralismus, ohne den eine kommunistische Organisation nicht existieren kann, und das Statut begangen haben. So eine Haltung kann nicht akzeptiert werden!

Gerade jetzt, nach den Demonstrationen am 9.4. darf unsere Arbeit nicht nachlassen, müssen wir weiter nachstoßen. Bis gegen Ende April will die Regieung ihre Betrugs- und Spaltungsmanöver intensivieren, am 4.Mai soll die Regerungsvorlage zum Volksgruppengesetz ins Parlament.

3.
Relativ zu bisher etwas in den Hintergrund tritt in den nächsten Wochen in unserer Politik das Auftreten gegen das Abtreibungsverbot, aber es darf nicht daraus verschwinden. Am 31.3. hat das Parlament das Volksbegehren der Aktion Leben am einen Unterausschuss (Vorsitz: M. Hubinek, ÖVP) verwiesen und es wird im Herbst wieder zur Sprache kommen. Es deuten einige Änderungen von SP-Politikern darauf hin, daß das "Entgegenkommen" gegenüber und "Kompromiß" mit der Aktion Leben einige Verschäffungen der §§ 96-98 geplant sind, bei grundsätzlichen Festhalten an der Fristenlösung. Bis Herbst gibt es die Zeit zu nützen, um den Aufbau einer

breiten, K ffnor gegen das Abtrebungsverbot (und dabei auch gegen die geplanten Verschärfungen) gerichteten Öffentlichkeit und Kampfschritte vorzubereiten. Das erfordet eine kontinuierleiche ideologische Arbeti und immer wieder politische Initiativen verschiedenster Art, wo wir vor allem mit dem Komitee zusammenarbeiten werden. Die ideologische ARbeit muß vor allem herausabeiten, daß das Abtreibungsverbot eine strikte Verletzung der Demokratie und damit die Gängelung, Schikanierung und Unterdrückung des Volkes durch den Staat, politische Abhängigkeit vom Staat bedeutet, was ein gewaltiger Hemmschuh des Klassenkampfes ist. Es muß dabei herausgearbeitet weden, wie diejenige Klasse, die gestürzt werden muß, um das soziale Elend des Volkes mit der Ausbeutung als Kern und Grundlage zubbeseitigen, die Rechte des Volkes mit Füssen tritt, um ihre Macht und damit die Ausbeutung aufrechtzuerhalten. Es muß gezeigt werden, warum die herrschende Klasse den Mantel des Schweigens über das soziale Elend breitet, das immer wieder Menschen zur Abtreibung als letztem Ausweg zwingt, aber zugleich das Abtreibungsverbot aufrechterhalten will. Wir enthüllen das soziale Elend und klagen es an und wir fordern den Fall des Abtreibungsverbotes, auch wenn wir nicht der Meinung sind, daß die Abtreibung eine Lösung des Problems ist. Eine Lösung des Problems bringt nur der Klassenkampf, d.h. Kampf um die Verbesserung der sozialen Lage und um die schließliche Beseitigung des sozialen Elends durch die Revolution. Das Abtreibungsvebot muß fallen, um sich die damit verbundene polizeilich-bürokratische Kontrolle und Bevormundung vom Hlals zu schaffen und die Hände frei zu bekommen für den Klassenkampf. Um unseren Aufgaben gerecht zu weden, muß erstens ein noch viel enschiedenerer beharrlicherer Kampf vor allem gegen die in der Agitation noch immer oft dominierenden neomalthusianischen Fehler geführt werden, Losungen wie "Die sozialen Verhältnisse zwingen uns zur Abtreibung!" oder "Die Fristenlösung verhindert (nicht etwa: verbietet) die Abtreibung!" vernichtet und am besten auch die zwar richtige, aber unglückliche Formel "Für das Recht auf Abtreibung!")die nahelegt, daß die Inanspruchnahme dieses Rechts etwas positives ist, aus unserm Sprachgebrauch verbannt werden. Um sich über die politische Linie hier Klarheit zu verschaffen, sollten von jedem Genossen die alten Dokumente nochmals durchgearbeitet werden. Ohne Ausmerzung des Neomalthusianaismus kann es keine sinnvolle politische Arbeit geben. Zweitens nehmen wir eine Präzisierung unseres taktischen Auftretens vor. Es geht nicht nur darum, daß im Herbst der Regierung und dem Parlament gezeigt wird, daß das Volk weder für die AL nocht für die FL , sondern gegen das Abtreibungsverbot überhaupt ist. Es geht darum, daß im Herbst mit entsprechendem Gewicht vom Parlament die Aufhebung der §§ 96-98 direkt gefordert wird. Ohne das wäre der wirkliche Aufbau einer Kampffront nicht gut möglich. Dort oder da taucht unter Genossen immer noch das Argument auf, daß die Fristenlösung keine Verschärfung, sondern eine Liberalisierung des Abtrebungsverbotes sei. Tatsächlich gibt es ja Fälle, in denen Abtreibungen reibungslos durchgeführt wurden. Entweder gehen diese Genossen nicht von der Frage aus, wer das Recht der Entscheidung zur Abtreibung hat wer wer es nicht hat, sondern von der Fage, ob es schwerer oder leichter ist, eine Abtreibung vornehmen zu lassen. Das ist ein falsches Herangehen, abgesehen davon, daß es heute im allgemeinen - wie viele Beispiele zeigen - schwerer ist. Sonst könnte ja auch das ZIel der Fristenlösung, die

5. Als Ansatzpunkt, um die Feindseligkeit gegen den Staat zu schüren, müssen wir auch die Ergebnisse der Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst benutzen, um so zugleich offensiv der Hetze gegen die öffentlich Bediensteten entgegenzutreten. Mit dieser Hetze werden wir auch nach den Gehaltsverhandlungen zu tun haben, z.B. im Zusammenhang mit Rationalisierungen der Verkehrsbetriebe olä. Politisch richtig gestellt ist diese FRage von größter Bedeutung nicht nur für die öff.Bediensteten, sondern für das ganze Volk. Ist es doch so, daß die Entrechtung Niederdrückung und Ausbeutung der öff.Bediensteten als untrennbarer Bestandteil der Reaktion der Bourgeoisie gesehen werden muß.

6. Die Gehaltsverhandlungen im öff.Dienst selbst werden im Flugblatt dieser Woche behandelt. Während dieser Gehaltsverhandlungen hat es - soweit uns bisher bekannt ist - einen Streik und Protestaktionen gegeben. So war es bei allen größeren Kollektivvertragsverhandlungen der letzten Zeit. Das wirft ein klares Licht auf die veränderte Situation im wirtschaftlichen Kampf der Lohnabhängigen, wie sie im RB charakterisiert wird Das Anwachsen der wirtschaftlichen Kampftätigkeit im letzten Jahr hat sich bei den KV-Verhandlungen fortgesetzt und setzt sich auch seither in einer Vielfalt von betrieblichen Streikaktionen fort (siehe "Klassenkampf") Wir können mit Sicherheit mit einem Anwachsen dieser Aktivitäten rechnen. Die Lohnabhängigen haben sich offenbar auf die krisenhafte Entwicklung und die veränderten Kampfbedingungen bereits viel besser eingestellt und mit dem Abschluß der KV-Verhandlungen, die sie zwingen, so gut es geht den Kampf im Betrieb zu führen, ist ein neuer Ausgangspunkt geschaffen, für Überlegungen, was notwendig und möglich wäre, und für dementsprechende Aktivitäten. In vielen dieser Bewegungen spielt dieLohnfrage direkt oder indirekt eine Rolle (Kampf um eine bessere Ausschußregelung und gegen die Versetzung eines Arbeiters bei Lapp-Finze in Graz; gegen den Leiter der Lohnverrechnung bei Wertheim; für die Lohnerhöhung bei Waagner-Biro). Für uns gilt es, die "Zeichen der Zeit", d.h. die konkreten Formen der Entwicklung der wirtschaftlichen Kampftätigkeit der Lohnabhängigen zum gegenwärtigen Zeitpunkt, zu erkennen, die Entwicklung der Lage der Lohnabhängigen zu beleuchten, allen praktischen Schritten der Lohnabhängigen eine möglichst große Öffentlichkeit zu schaffen, alle Ansatzpunkte für solche Schritte zu erkennen und zu nutzen und dabei jeden Schematismus in puncto innerbetrieblicher Lohnerhöhung zu vermeiden. Wichtig ist es, daß Untersuchungsarbeit geleistet wird, damit wir uns einen Gesamtüberblick über die gegenwärtige wirtschaftliche Kampftätigkeit machen und die Entwicklung laufend verfolgen können. Jede Betriebszelle muß sich bemühen, die wichtigsten Reibungspunkte im Betrieb zu erkennen und zu einem Gegenstand seiner Tätigkeit zu machen und diese konkreten Forderungen auch zu einem Gegenstand seiner MAI-Agitation zu machen. Wenn eine Gruppe von Arbeitern zusammen mit der Zelle diese Forderungen auf ein Transparent schreibt, damit zur Demonstration kommt und im Betrieb dafür wirbt - dann haben wir in dieser Hinsicht das Optimum erreicht.

7. In der internationalistischen Arbeit sind zum 1.Mai die Schwerpunkte die Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes und der PLO, mit dem Kampf des Volkes vom Zimbabwe und der ZANU und mit dem kämpfenden Spanien. In allen diesen Fragen müssen wir uns auf Artikel in der Zeitung stützen. Gegen die imperialistische "Araberfreundlichkeit", die Kreisky anläßlich des Sadatbesuchs wieder an den Tag gelegt hat, richten wir verstärkt die Forderung nach Anerkennung der PLO als einzigem Vertreter des palästinensischen Volkes und insbesondere nach der Zulassung eines Informationsbüros der PLO OHNE Bedingungen und Auflagen, wie Kreisky sie angekündigt hat. Die Außenpolitik Österreichs gegenüber den arabischen Staaten und überhaupt die Rolle Österreichs auf internationalem Gebiet werden wir in diesem Zusammenhang ebenfalls beleuchten. Auch dazu soll die Zeitung einen brauchbaren Artikel liefern, denn der im letzten "Klassenkampf" zu den wirtschaftlichen Beziehungen zu Ägypten war nicht brauchbar und hat die Rolle Österreichs falsch gezeichnet. Mit einer Einschätzung der Ereignisse im Libanon raufen wir gegenwärtig noch sehr.

Was Spanien betrifft, können wir in der Maivorbereitung an die seinerzeitige Solidaritätsveranstaltung anknüpfen, indem wir aufzeigen, daß die Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes gegen den Faschismus und gegen die Politik Österreichs nach wie vor aktuell ist. Wir haben uns auch an die FRAP gewandt, um vielleicht einen Vertreter zu einer öffentlichen Veranstaltung herzubekommen.

Was das südliche Afrika betrifft, werden vermutlich Vertreter des ANC von Azania bei unserer Maiveranstaltung sprechen.

Andere internationalistische Aktivitäten der nächsten Zeit werden sein, daß wir in einem Flugblatt zu Kambodscha und durch Verkauf der Broschüre der Botschaft der GRUNC in Berlin die Revolution in Indochina unterstützen und der bürgerlichen Hetze entgegentreten. Für später versuchen wir, den ausgezeichneten Film "Heldenhaftes Volk" wieder zu bekommen bzw. uns überhaupt eine Kopie anzuschaffen, die wir bei kleineren Versammlungen zeigen können. Mit einer guten positiven Propaganda des Aufbaus des demokratischen Kambodschas können wir auch der bürgerlichen Hetze am besten entgegentreten bzw. sie unschädlich machen.

Für die 2.Maihälfte wollen wir einen Genossen aus Italien herbekommen, um endlich auch den Klassenkampf in den imperialistischen Ländern der 2.Welt zum Gegenstand unserer internationalistischen Arbeit zu machen.

Ferner wollen wir im Mai einen sehr guten Film über den Bau der Tanzambahn zeigen. Anhand dieses Films kann der Unterschied im Klassencharakter zwischen der Hilfe Chinas für die anderen Völker der 3.Welt und der imperialistischen "Entwicklungshilfe" (etwa dem Bau des Assuan-Staudamms durch die SU) herausgearbeitet werden.

8. Mit der Resolution der DK zur Frage des Kampfes gegendas Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden Super-

mächte und für die Unabhängigkeit Österreichs schaffen wir uns eine Grundlage, um diesen Fragen in der Zukunft den notwendigen entscheidenden Platz in unserer Politik einzuräumen. Insbesondere wollen wir in einigen Artikeln in den nächsten Nummern der Zeitung die Militärpolitik der österreichischen Bourgeoisie und überhaupt die internationale Stellung Österreichs untersuchen. Eine Frage, in der wir bereits - wenn auch beschränkt und immer wieder mit ökonomistischen Fehlern behaftet - Propaganda gemacht haben, ist die Teilnahme Österreichs an der Internationalen Energieagentur (IEA). Diese ist ein Erpresserkartell gegenüber der 3.Welt und dient der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung der NATO, u.a. gerade auch durch eine gewisse Unabhängigkeit von den Öl- und Rohstofflieferungen der 3.Welt. Den reaktionären politischen Charakter der IEA und ihre Bedeutung in der Rivalität und Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte sowie die Stellung und Rolle Österreichs dabei zu zeigen, ist eine wichtige Aufgabe. In der Öffentlichkeit zur Sprache kommt das Thema "Energiesicherung" immer wieder, und spätestens bei den nächsten Anträgen der Ölkonzerne auf Preiserhöhung wird das erneut der Fall sein. Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, dieses Thema zum 1.Mai und darüberhinaus in einer revolutionären politischen Weise aufzuwerfen.

9. Das waren einige Gesichtspunkte für unsere politische Arbeit der nächsten Zeit, aber besonders abgestimmt auf die Maivorbereitungen. Für die Politik über den 1.Mai hinaus werden wir weitere Überlegungen anstellen müssen, so z.B. zur Frage der Arbeitslosigkeit, zur Propaganda des Aufbaus des Sozialismus in China, Albanien und Korea, zu den Fragen der Sozialversicherung usw. Vor allem muß versucht werden, die Zeitung so zu gestalten, daß sie diesen Gesichtspunkten gerecht wird und der Organisation als Waffe dienen kann.
Jede Einheit, Fraktion usw. sollte sich das in Pkt.1. zum 1.Mai gesagte im Lichte der weiteren Punkte dieses RS nochmals durch den Kopf gehen lassen und in diesem Sinne einen Plan aufstellen, der sowohl inhaltliche als auch organisatorische Zersplitterung der Maivorbereitungen vermieden und Konzentration der Arbeit auf das jeweils Hauptkettenglied der Mobilisierung und Organisierung der Einheit, Fraktion usw. zum 1.Mai erreichen hilft.

10. Am Dienstag, 20.4.76, 19 Uhr findet ein Treffen der Kollektivleiter des KB, der Zellenleiter der Massenorganisationen und der Fraktionsleiter statt, wo 1.die politische Arbeit und die Maiagitation und 2.die Durchführung des 1.Mai selbst beraten wird. Dieses RS soll der Vorbereitung darauf dienen.

11. Zur Arbeit und Debatte im Inneren (RB, Resolutionen für die DK, Programm und Statut) ist bereits im letzten RS alles Wichtige gesagt. Zum imperialistischen Ökonomismus ist zu sagen, daß er laut RB die wesentliche Beschränkung und Beeinträchtigung unserer Politik darstellt, aber nicht der einzige Fehler ist und schon gar nicht der "Stein der Weisen", der an allem Schuld hat oder alles löst. Andererseits muß ein zäher und beharrlicher Kampf gegen ihr auf allen Ebenen der Organisation geführt werden und ebenso gegen den Subjektivismus im Arbeitsstil. Gestützt auf diesen Kampf müssen wir auch die Mängel

im Organisationsleben, zu denen es in letzter Zeit verstärkt gekommen ist, bekämpfen.
Für die DK werden nächste Woche noch die Studenten- und die Zeitungsresolution vorgelegt werden

12. Die nächste Kandidatenschulung ist am Montag, 26.4.1976, von 20.15 - 22.00 Uhr zum Thema des Klassenkampfes des Proletariats und der Geschichte der Arbeiterbewegung

W.L.

"DIE WANDZEITUNGEN MÜSSEN BESSER ALS MITTEL DER AGITATION UND PROPAGANDA EINGESETZT WERDEN!"

Dieser Apell der Agit-Prop-Kommission aus dem RS 30 muß erneut werden. Denn die Verbreitung der Klassenkampf-Wandzeitung ist in der letzten Zeit manchmal zurückgegangen und häufig sind sie lange in der Halbgasse liegengeblieben. Daß die WZ spätestens seit Oktober 75 oft wenig mit der jeweiligen Nummer der Zeitung zu tun hat, hat Unklarheiten ausgelöst. Diese Unklarheiten sind z.T. die Ursache für den Rückgang der Verbreitung der WZ.

Die Unklarheiten haben entstehen können, weil viele Genossen noch der Meinung sind, daß es der Hauptzweck der WZ ist, unsere Zeitung zu propagieren. Dem gegenüber hält aber das RS 30 fest: "Die Hauptseite der WZ ist ihre Funktion als eigenständiges Mittel der Agitation und Propaganda.(...) Die Nebenseite der WZ ist ihre Funktion als Propagandamittel für unsere Zeitung. Das geschieht in erster Linie dadurch, daß die Leser mit bestimmten Positionen unserer Organisation bekannt werden und so ihr Interesse an einer ausführlichen Information wächst." Aufgrund dieser Ausrichtung hat sich die WZ immer mehr davon entfernt, die wichtigsten Zeitungsartikel in ein Plakat zu stopfen. Weiters besteht kein zwingender Grund, Zeitung und WZ gleichzeitig erscheinen zu lassen. Um eine Überlastung des technischen Apparats aber auch der Zellen zu vermeiden und die manchmal notwendige Zusammenarbeit mit der Redaktion zu verbessern, sind die Erscheinungstermine verändert worden. In Zukunft soll die WZ jeweils in der zweiten Woche des Monats erscheinen.

Zu zwei Fragen, die in diesem Zusammenhang aufgetaucht sind:

Warum wird bei der oben angegebenen Ausrichtung am regelmäßigen monatlichen Erscheinen und am Namen "Klassenkampf" festgehalten? Beides kann natürlich in Frage gestellt werden, wenn der Zusammenhang zur Zeitung nur ein sehr lockerer ist. Der größere Apparat, der für die Herstellung einer WZ in Gang gesetzt werden muß (APK, Plakatgruppe, Druckerei etc.), als auch die Planung des Plakatiereinsatzes durch die Einheiten, v.a. aber die Tatsache, daß es sich um ein wichtiges Mittel der Agit-prop handelt, - oftmals haben wir erfahren, daß Menschen über unsere WZ erstmals mit unserer Meinung und unseren Forderungen konfrontiert wurden -, lassen ein regelmäßiges Erscheinen zweckmäßig erscheinen. Als periodisches Organ des KB sollte die WZ auch einen Namen besitzen.
Meines Erachtes besteht kein Grund vom Namen "Klassenkampf" abzugehen, auch wenn von der ursprünglichen Konzeption der WZ als Propagandamittel der Zeitung abgegangen wurde. Auch unsere zentralen Flugblätter tragen diesen Na men, ohne daß ein besonderer Zusammenhang mit der Zeitung besteht.

Zum besseren Einsatz der WZ muß aber neben der regelmäßigen möglichst raschen Verbreitung noch etwas anderes beachtet werden, was seit dem RS 30 in Vergessenheit geraten ist: "Insgesamt ist es noch so, daß im allgemeinen weder die WZ überlegt eingesetzt werden, noch deren Einsatz danach überprüft wird. In Gesprächen mit Zeitungsverkäufern und solchen, die nur an einer Diskussion